

Rat verbietet politische Werbung

VON RAINER SCHMIDT, 19.06.07, 16:43H

„Das ist die Antwort auf den Meinungsterror der Bürgerliste. Davor müssen wir die Bürger schützen,“ donnerte CDU-Ratsherr Bernhard Marewski und machte damit deutlich, dass das zu beschließende allgemeine politische Plakatierungsverbot außerhalb von Wahlkämpfen nur eine Zielrichtung hat: die grellgelben Dreiecksstände der Bürgerliste. CDU und SPD waren sich einig, sich die knallgelben Angriffe künftig nicht mehr gefallen zu lassen und setzten ihre absolute Mehrheit entsprechend ein.

Die kleinen Fraktionen begegneten dem skeptisch, wenn auch aus ihren Reihen Kritik an der Bürgerliste kam. Grünen-Fraktionschefin Roswitha Arnold bezeichnete die Plakatsprüche der Bürgerliste als „unbotmäßige Äußerungen“, sehr zum Vergnügen des Adressaten Erhard Schoofs. Im übrigen aber kündigte Arnold an, die Grünen würden dem Plakatierungsverbot nicht zustimmen.

Bedenken gegen den Willen der Mehrheit äußerte auch Klaus Naumann (FDP) und kündigte an, seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten. Alfred Mertgen, seit seinem Austritt aus der Bürgerliste Anfang des Jahres fraktionsloses Ratsmitglied, erklärte, er hätte Verständnis für den Beschluss, wenn es darum ginge, der Vermüllung des Stadtbildes entgegen zu wirken. Hier aber gehe es darum, die kleinen Fraktionen in der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung zu beschneiden, und das könne er nicht gut heißen. Ähnlich äußerten sich für die Betroffenen Erhard Schoofs und Michael Quatz.

Mertgen äußerte zudem Befürchtungen, es könne im Einzelfall schwierig werden, politische Werbung zu definieren. Gerd Wölwer von den Grünen teilte die Bedenken. Sei ein Einladungsplakat des DGB zur Maikundgebung politische Werbung oder ein Veranstaltungshinweis? Wie müsse ein Plakat bewertet werden, auf dem die Grünen zu einer Informationsveranstaltung über den Klimawandel einluden?

„Politische Werbung ist ein unbestimmter Rechtsbegriff“, antwortete Dezernent Frank Stein, gelernter Jurist und oberster Ordnungshüter der Stadt. Das Mai-Plakat sei in seinen Augen eindeutig politisch. Die Verwaltung werde in jedem Einzelfall prüfen müssen und sich um Gleichbehandlung aller politischen Parteien und Gruppierungen bemühen.

Den Grünen Wölwer überkam eine Vorahnung: „Dann werden wir alle drei Monate neu diskutieren müssen.“ Sein Urteil: „Gut gedacht, schlecht gemacht, Ziel verfehlt.“

Kommentar

[HTTP://WWW.LEVERKUSENER-ANZEIGER.KSTA.DE/JRBO/ARTIKEL.JSP?ID=1179819831700](http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jrbo/artikel.jsp?id=1179819831700)

FENSTER SCHLIESSEN